



Kraft-Raum

Montag, 15. Dezember 2008

"NRW-Pakt 2009 - In Kinder und Bildung investieren"

Es gilt das gesprochene Wort



Sehr geehrte Damen und Herren,

das bisher erfreulich gute Weihnachtsgeschäft kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir gerade 2009 und 2010 vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen stehen. Angesichts der Rezession müssen jetzt alle Beteiligten - Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik - alle Anstrengungen unternehmen, um Deutschland möglichst sicher durch den Sturm zu manövrieren. Die Teilnehmer an dem gestrigen Gipfel im Kanzleramt haben sich dazu verpflichtet. Dies ist ein gutes Signal für die schwierige Zeit, die nun vor uns liegt. Dieser Wille zur gemeinsamen Anstrengung ist eine gute Basis, aber auch eine Verpflichtung für 2009/2010.

Die Bundesregierung hat ein Paket für Wachstum und Investitionen auf den Weg gebracht. Alle Anstrengungen, die wir nun ergreifen, müssen zuvorderst einem Ziel dienen: Klare Vorfahrt für die Sicherung von möglichst vielen Arbeitsplätzen. Notwendig sind gezielte konjunkturfördernde Investitionen von Bund und Ländern, kein Strohfeuer und keine Streuschüsse aus der Schrotflinte. Wenn wir jetzt Milliarden Euro zur Ankurbelung der Konjunktur in die Hand nehmen, dürfen wir andere politische Prioritäten nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen hier sinnvolle Verknüpfungen vornehmen:

- ▣ Ja zu einem Konjunkturprogramm, das arbeitsplatzsichernde Investitionen mit Klimaschutz verbindet (z.B. energetisches Gebäudesanierungsprogramm des Bundes)
- ▣ Ja zu einem Konjunkturprogramm, das gezielt in Kinder und Bildung investiert. Denn das sind die besten Zukunftsinvestitionen.

Dabei werden einige ihrer Verantwortung gerecht, andere bisher erkennbar nicht. Die Große Koalition hat gehandelt und will am 5. Januar im Koalitionsausschuss weitere Schritte beraten. Auch Bundesländer wie Sachsen und Bayern haben eigene Konjunkturmaßnahmen vorgestellt.

Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, bis zum Ministerpräsidenten-Gipfel am Donnerstag im Kanzleramt endlich ein NRW-Konjunkturprogramm vorzustellen.

Das Programm der SPD-Fraktion steht. Wir werden es morgen früh in der Fraktion beschließen und in die Haushaltsberatungen Anfang 2009 einbringen. Bevor ich ihnen die Details des Pakets aus Konjunkturimpulsen und Haushaltsanträgen erläutere, möchte ich fünf Grundbemerkungen voranstellen:

1. In NRW ist deutlich mehr nötig und es ist auch deutlich mehr möglich.
2. Wir kommen für unsere Haushaltsanträge und das Konjunkturpaket ohne einen Euro neue Schulden aus. Wir müssen uns Spielräume für mögliche weitere notwendige Schritte in 2009 offen halten.
3. Wir setzen wie in den vergangenen Haushaltsberatungen einen klaren Schwerpunkt auf Kinder und Bildung. Beste Bildung für alle Kinder heißt eine bessere qualitative Betreuung, aber auch schöne Schulen und Kindergärten, in denen Kinder gerne lernen.
4. Wir wollen den Kommunen helfen, diesen Anspruch umzusetzen. Die Städte und Gemeinden müssen die Unterstützung erhalten, unsere Schulen und Kindergärten für die beste Bildung für alle fit zu machen. Die Hilfe bei den Kommunen anzusetzen, fördert direkt und gezielt die regionale Wirtschaft vor Ort und sichert dort Arbeitsplätze. Die Landesregierung zwingt die Kommunen auf die Bremse zu treten. Die SPD kämpft dafür, dass die Kommunen Gas geben können.
5. Unser Programm für die Stärkung der Konjunktur hat ein Gesamtvolumen von knapp 2,4 Milliarden Euro. Das entspricht im Verhältnis dem, was der Bund im ersten Paket an direkten Konjunkturlösungen (rund 11 Mrd. Euro) auf den Weg gebracht hat.

"NRW-Pakt 2009":

2,4 Milliarden Euro in Kinder und Bildung investieren

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, dass NRW einen eigenständigen Beitrag zu den konzertierten Bemühungen für die Stützung der Konjunktur leistet. Der "NRW-Pakt 2009" soll nach dem Willen der SPD Investitionen in Höhe von insgesamt 2,37 Milliarden Euro in Schulen, Kindertagesstätten und Sportanlagen bewirken. Damit wird in die Zukunft des Landes investiert und es werden Tausende von Arbeitsplätze in NRW gesichert. Die Maßnahmen sind - im Sinne einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik - langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar und rasch wirksam.

Die einzelnen Elemente des Programms sind:

"Stärkungspakt Stadtfinanzen":

Investitionen in Höhe von 420 Millionen Euro durch die Kommunen ermöglichen

Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen soll den besonders hoch verschuldeten Kommunen in NRW wieder "Luft zum Atmen" gegeben werden. Sie werden durch eine wirksame Entlastung in den Verwaltungshaushalten in die Lage versetzt, dringend erforderliche Investitionsmaßnahmen durchzuführen, für die sonst kein finanzieller Spielraum bestünde.

Im einzelnen sieht das Konzept für den Stärkungspakt Stadtfinanzen vor, dass die NRW.Bank ab 2009 für fünf Jahre Altschulden in Höhe von bis zu 7 Milliarden Euro von den Kommunen übernimmt, die besonders stark durch den demographischen Wandel und wirtschaftliche Strukturschwäche belastet sind. Diese Städte müssen während der fünf Jahre weder Zinsen noch Tilgung tragen. Damit werden sie jährlich um bis zu 420 Millionen Euro entlastet. Dies Geld kann eins zu eins in kommunale Investitionen umgesetzt werden.

Die Zins- und Tilgungsleistungen, um die die Kommunen jährlich entlasten werden, sollen in Höhe von 70 Millionen Euro aus der Förderrendite der NRW.Bank und in Höhe von 350 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

Förderprogramm "Soziale Infrastruktur":

1,5 Milliarden Euro in Schulen, Kindertagesstätten und Sportanlagen investieren

Im Zuge der Klimaschutzpolitik und jetzt auch im Rahmen des Maßnahmenpaketes des Bundes "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" werden erhebliche Anstrengungen für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude unternommen. Schulen, Kindergärten und auch Sportanlagen in Nordrhein-Westfalen haben daneben aber einen erheblichen allgemeinen Sanierungsbedarf, zum Beispiel wegen undichter Dächer und maroder sanitärer Anlagen.

Hier soll das Förderprogramm "Soziale Infrastruktur" ansetzen. Kommunen, Trägern von Kindertagesstätten und Eigentümern von öffentlichen Sportanlagen sollen Kredite der NRW.Bank vermittelt werden, die für fünf Jahre zins- und tilgungsfrei gestellt werden. Insgesamt sollen Kredite in einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, die in die soziale Infrastruktur des Landes investiert werden können. Auf diese Weise werden in erheblichem Umfang Arbeitsplätze vor Ort gesichert.

Die Zins- und Tilgungsleistungen in Höhe von 75 Millionen Euro, um die die Darlehensnehmer jährlich entlasten werden, sollen aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Das Land hat aus dem Verkauf der LEG einen Erlös von knapp 475 Millionen Euro erzielt. Davon sind nur knapp 100 Millionen Euro als Einnahmen in den Landeshaushalt 2009 eingestellt worden. Die restlichen 375 Millionen Euro sollen in fünf Jahresraten zu je 75 Millionen Euro zur Finanzierung des Programms "Soziale Infrastruktur" genutzt werden.

Förderprogramm "Wohnnahe Bildungsinfrastruktur":

450 Millionen Euro für U3-Plätze und Ganzttag in den Schulen aufwenden

Die Träger von Kindertagesstätten stehen vor der großen Herausforderung, bis 2013 genügend U3-Plätze zu schaffen, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr erfüllen zu können. Die Schulträger stehen vor dem Problem, dass der Bedarf für neue Ganztageseinrichtungen an weiterführenden Schulen mit den zurzeit vom Land zur Verfügung gestellten Fördermitteln bei weitem nicht gedeckt werden kann.

Hier soll das Förderprogramm "Wohnnahe Bildungsinfrastruktur" ansetzen. Damit soll der Ausbau von U3-Plätzen in den Kindertagesstätten und der Aus- und Umbau von Schulen in der Sekundarstufe I für den Ganztagsbetrieb beschleunigt werden.

Kommunen und Trägern sollen durch die Wohnungsbauförderungsanstalt (Wfa) Kredite in Höhe von bis zu 450 Millionen Euro für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die auf zehn Jahre tilgungsfrei gestellt und deutlich verbilligt gegenüber den Marktkonditionen verzinst werden sollen. Die Rückzahlung der Kredite soll ausdrücklich auch aus späteren Fördermitteln des Landes möglich sein, damit nicht auf diesem Weg eine Aufgabe, die das Land (mit-)finanzieren muss, von den Kommunen und den Trägern (allein) getragen werden muss. Damit wird dem Konnexitätsprinzip Rechnung getragen.

Die Kosten für die Zinsverbilligung und die Freistellung von der Tilgung sollen als Investition in die Wohnnahe Infrastruktur aus dem Wohnungsbauförderprogramm getragen werden.

Die Kosten für den "NRW-Pakt 2009" für den Landeshaushalt belaufen sich im Haushaltsjahr 2009 auf 425 Millionen Euro (350 Millionen Euro Landesanteil für den Stärkungspakt Stadtfinanzen und 75 Millionen für das Förderprogramm "Soziale Infrastruktur"). Dieser Betrag ist solide finanziert bzw. gedeckt (siehe Anlage 2).

Schwerpunkt Kinder, Jugend und Bildung:

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2009

Über den NRW-Pakt 2009 hinaus wollen wir im Haushalt 2009 zusätzlich rund 380 Millionen Euro in die Qualität von Bildung investieren. Eine Auflistung unserer Anträge finden Sie in Anlage 1. Auch die sind - wie Sie der Anlage 2 entnehmen können - entsprechend gedeckt.

Ein Schwerpunkt ist die frühkindliche Bildung. Das so genannte Kinderbildungsgesetz hat zu dramatischen Qualitätsverlusten in den Kindertageseinrichtungen geführt. Der

quantitative Ausbau der Betreuungsplätze geht auf Kosten der Qualität in der frühkindlichen Bildung. Die Mittel, die das Land zur Verfügung stellt, reichen nicht einmal um einen normalen Betrieb zu gewährleisten. Deshalb wollen wir die Kindpauschalen deutlich erhöhen. Hierfür werden wir zusätzlich rund 247,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit können wir:

- das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestalten.
- den Kommunen Mittel zuweisen, um eine generelle Beitragsfreiheit für niedrige Einkommensgruppen zu ermöglichen.
- die Einschränkung beim Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen auf eine 25-stündige Betreuungszeit zurücknehmen.
- dem tatsächlichen Bedarf der Eltern entsprechen.
- die Gehälter der pädagogischen Fachkräfte erhöhen.
- kostenfreie Mahlzeiten bei ganztägigen Angeboten anbieten.
- die pädagogische Qualität in den Einrichtungen verbessern.

Eng verbunden damit ist eine bessere Finanzierung der Familienzentren. Neue Türschilder allein reichen nicht aus. Wir müssen sie ihren Aufgaben entsprechend ausstatten. Die monatlichen 1.000 Euro pro Familienzentrum sind zu wenig. Deshalb wollen wir die Mittel auf 40 Millionen Euro verdoppeln. Auch die Zuschüsse für die frühe Sprachförderung wollen wir um 5,6 Millionen Euro erhöhen. Mit 340 Euro pro Kind ist eine pädagogisch sinnvolle Förderung von Kindern mit Sprachproblemen nicht möglich.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften. Die 1.296 Lehrerstellen, die die Landesregierung in den vergangenen drei Jahren abgebaut hat, weil sie mit einem KW-Vermerk (künftig wegfallend) versehen waren, wollen wir in den Haushalt 2009 wieder einstellen. Zur Erinnerung: Die CDU hatte den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf 2005 unter anderem versprochen in dieser Legislaturperiode 4.000 zusätzliche neue Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall zu schaffen. Fakt ist, dass die Landesregierung in dieser Legislaturperiode rund 1.300 Stellen im Schulbereich streicht.

Darüber hinaus werden wir die ideologische Blockadehaltung der Landesregierung gegenüber den Gesamtschulen nicht mitmachen. Die Nachfrage nach Plätzen übersteigt bei weitem das Angebot vor Ort. Auch hier regiert die Landesregierung am Bedarf und den Wünschen der Eltern vorbei. Wir wollen den Gesamtschulen wieder den Ganztagsbetrieb bei Neugründungen ermöglichen. Dafür haben wir 1 Million Euro als Anschubfinanzierung zusätzlich veranschlagt.

Auch die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan wollen wir auf den im Jugendfördergesetz beschlossenen Stand von 96 Millionen Euro erhöhen. Die

Landesregierung will sich hier vor ihrem gesetzlichen Auftrag drücken. Das werden wir nicht zulassen.

Im Weiterbildungsbereich korrigieren wir die Kürzungen der schwarz-gelben Landesregierung, indem wir acht Millionen Euro zusätzlich bereit stellen. Wir greifen damit Forderungen der Weiterbildungseinrichtungen auf, die mittlerweile durch die Politik von schwarz-gelb in ihrer Existenz bedroht sind.

Der sorglose Medienumgang von Jugendlichen zeigt, dass die Mittel für diesen Lernbereich erhöht werden müssen. Wir wollen dieses Problem angehen und den Haushaltsansatz zum Beispiel für Medienkompetenzführerschein von Schülerinnen und Schülern um 400.000 Euro erweitern.

Auch die Erhöhung des Ansatzes für die Landeszentrale für politische Bildung um insgesamt rund 1.300.000 Euro dient unter anderem der Jugendarbeit. Einerseits soll ab 2009 die Arbeit im Bereich Rechtsextremismus dauerhaft gestärkt werden. Andererseits fallen im Jahr 2009 mit drei verschiedenen Wahlen besondere Aufgaben für die Landeszentrale für politische Bildung, insbesondere in der Arbeit mit Erst- und Jungwählern an.

Über unsere Schwerpunctanträge für den Haushalt 2009 hinaus liegen uns zwei Haushaltsänderungsanträge besonders am Herzen: die Rücknahme der Kürzungen bei den Frauenhäusern und in der Obdachlosenhilfe. Wir müssen die soziale Kälte in unserem Land beenden. Deshalb fordern wir, die Kürzungen auf dem Rücken der Schwächsten sofort zu stoppen. Wir wollen das Programm "Hilfe für Wohnungslose" in Höhe von rund 1,1 Millionen Euro weiterführen und die vierte Stelle in den Frauenhäusern in Höhe von rund 2,4 Millionen Euro wieder einführen.

Konjunkturimpulse des Bundes für NRW

Das nordrhein-westfälische Konjunkturprogramm flankiert die Maßnahmen der Bundesregierung aus dem Programm "Beschäftigungssicherung und Wachstumsstärkung" und verstärkt die von dort ausgehenden Impulse für die Konjunktur.

Die Bundesregierung hat direkte und zusätzliche Konjunkturlösungen in Höhe von elf Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Im Einzelnen sieht das Maßnahmenpaket u.a. vor, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) befristet ein zusätzliches Finanzierungsinstrument bereitzustellen, um die Kreditversorgung der Unternehmen sicherzustellen. Mit befristeten Abschreibungsmöglichkeiten und zusätzlichen Mitteln

für Gebäude- und Infrastrukturmaßnahmen werden Impulse für Investitionen gesetzt. Die erweiterte steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen entlastet die privaten Haushalte. Alle Maßnahmen dienen gleichzeitig dazu, Beschäftigung zu sichern. Legt man den "Königsteiner Schlüssel" zugrunde, kann in NRW von einem zusätzlichen Investitionsvolumen von 2,4 Milliarden Euro ausgegangen werden. Die Maßnahmen der Bundesregierung fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro. Auf NRW bezogen bedeutet dies das Auslösen von Investitionen in Höhe von 10,7 Milliarden Euro.

Die Bundesregierung wird unter Anderem dringliche Verkehrsinvestitionen in den Jahren 2009 und 2010 mit einem Volumen von jeweils einer Milliarde Euro beschleunigt umsetzen. Erste konkrete Entscheidungen aus dem "Arbeitsplatzprogramm Bauen und Verkehr" von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee sehen eine Berücksichtigung von Investitionen in die Bundesfernstraßen in NRW in Höhe von 180 Millionen Euro vor (siehe Anlage 3). Darüber hinaus wird NRW in weiteren Schritten anteilig von den vorgezogenen Investitionen in die Bundesschienenwege (bundesweit 620 Millionen Euro) und in die Bundeswasserstraßen (bundesweit 430 Millionen Euro) profitieren.

Weitere Impulse für Investitionen in NRW werden insbesondere aus folgenden Programmmaßnahmen des Bundes erwartet:

- Aufstockung der Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm um drei Milliarden Euro für die Jahre 2009 bis 2011. Für die Jahre 2009 bis 2011 kann in NRW somit von zusätzlichen Fördermitteln in Höhe von ca. 640 Millionen Euro ausgegangen werden.

Damit werden private Investitionen in rund achtfacher Höhe angestoßen und somit wichtige Impulse zur Konjunkturbelebung gesetzt.

- Aufstockung der Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen um drei Milliarden Euro.
- Zusätzliche Finanzmittel für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Zu diesem Zweck stellt der Bund den Ländern im Rahmen eines Sonderprogramms für 2009 einmalig 200 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung (100 Millionen Euro Barmittel und 100 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigungen).

Anlage 1:

Mehrausgaben für das Jahr 2009

Mehrausgaben für das "Konjunkturprogramm NRW 2009"	
Stärkungspakt Stadtfinanzen	+ 350.000.000
Förderprogramm "Soziale Infrastruktur"	+ 75.000.000
<i>Zwischensumme "NRW-Pakt 2009"</i>	<i>+ 425.000.000</i>
Mehrausgaben für die Finanzierung der Anträge im Schwerpunkt "Kinder Jugend und Bildung	
Medienkompetenz	+ 400.000
Weiterbildung wieder auf den Stand von 2005	+ 8.000.000
Mehr Geld für das Nachholen von Schulabschlüssen	+ 1.500.000
Rücknahme der Streichung von 1.300 Lehrerstellen durch Schwarz-Gelb seit 2005	+ 64.800.000
Zusätzliche Lehrerstellen für die Neugründung von Gesamtschulen	+ 1.000.000
Sofortprogramm "Ausbau der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung"	+ 10.000.000
Befreiung von ALG II- und Sozialhilfeempfängern von den Schülerfahrtkosten	+ 5.000.000
Anhebung des Kinder- und Jugendförderplans auf die gesetzlich vorgeschriebene Höhe von 96.000.000	+ 15.774.300
Anhebung der Kindpauschalen nach dem Kibiz	+ 247.500.000
Anhebung der Zuschüsse für die Sprachförderung	+ 5.600.000
Bessere Ausstattung der Familienzentren	+ 20.000.000
Politische Bildungsarbeit insbesondere für Jugendliche bei der Landeszentrale für politische Bildung wieder auf das Niveau von 2005 anheben	+ 345.000
Verstärkung der Informationsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung gegen Rechtsextremismus	+ 946.900
<i>Zwischensumme Mehrausgaben Änderungsanträge</i>	<i>+ 380.866.200</i>
Gesamtsumme Mehrausgaben im Haushaltsjahr 2009	+ 805.866.200

Anlage 2:

Deckung für Konjunkturprogramm und Haushaltsanträge

Wissenschaftliche Beratung des Ministerpräsidenten runter auf das Niveau von 2005	- 270.400
Gutachten für den Ministerpräsidenten runter auf das Niveau von 2005	- 853.500
Veröffentlichung von Untersuchungsberichten für den MP runter auf das Niveau von 2005	- 200.000
Fachkongresse und Symposien des Ministerpräsidenten runter auf das Niveau von 2005, Verwaltungskosten	- 440.500
Cluster-Management, Zuschüsse an Unternehmen	- 700.000
Öffentlichkeitsarbeit der Schulministerin	- 440.000
Zuschüsse für den Flughafen Münster/Osnabrück	- 6.463.000
Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer NRW	- 7.503.500
Darlehensrückflüsse vom BLB	+ 117.000.000
Verstärkungstitel Mieten und Pachten	- 11.697.600
Zinszahlungen	- 185.297.700
Steuereinnahmen gemäß Steuerschätzung ansetzen	+ 250.000.000
Mehreinnahmen Erbschaftssteuer aufgrund der Gesetzesänderung	+ 150.000.000
75 Millionen Euro vom Verkaufserlös der LEG zur Finanzierung des Programms "Soziale Infrastruktur"	+ 75.000.000
Gesamtsumme Minderausgaben / Mehreinnahmen	805.866.200

Anlage 3:

Zusätzliche Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau

Von den bundesweit insgesamt 44 vorgezogenen Maßnahmen für Projekte bei den Bundesfernstraßen werden sechs in NRW umgesetzt. Dazu kommt die Verstärkung laufender Maßnahmen und von Erhaltungsmaßnahmen:

Zusätzliche Neubeginne von Bedarfsplanmaßnahmen	82,0 Mio. €
A1 DEK-Brücke - AK Münster Süd	
A524 Duisburg/Serm - AS Duisburg/Rahm	
B1 Salzkotten (L 776) - w Paderborn (L 756)	
B8 OU Düsseldorf/Wittlar (2. BA)	
B58 OU Wesel-Büderich	
B 525 OU Nottuln	
Verstärkung von laufenden Maßnahmen	58,0 Mio. €
Verstärkung der Erhaltungsmaßnahmen	40,0 Mio. €
Insgesamt	180,0 Mio. €